

A n f r a g e

Präs.: 6. Feb. 1974 No. 1616/J

der Abgeordneten Dr. WIESINGER, Dr. SCHWIMMER, Dr. HAUSER,
Dr. HUBINEK

und Genossen

an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend Finanzierung medizinisch nicht indizierter Abtrei-
bungen in Krankenanstalten

Gegenüber der Öffentlichkeit abgegebene Erklärungen des Bundes-
ministers für Soziale Verwaltung lassen befürchten, daß nach In-
krafttreten der Fristenlösung in öffentlichen Krankenhäusern me-
dizinisch nicht indizierte Abtreibungen gegen Verrechnung der ver-
traglichen Verpflegskostensätze mit der gesetzlichen Krankenver-
sicherung vorgenommen werden.

Aus diesem Grunde richten die unterzeichneten Abgeordneten
an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
folgende

A n f r a g e:

- 1) Welche jährliche finanzielle Mehrbelastung wird den Spitals-
erhaltern und dem Bund aus der Differenz der vertraglichen
Verpflegskostensätze der Krankenkassen und den tatsächlichen
Betriebskosten pro Tag und Fall wegen medizinisch nicht ge-
botener Abtreibungen erwachsen?
- 2) Aus welchen Mitteln wird ein solcher zusätzlicher Abgang ab-
gedeckt werden können?
- 3) Werden zur Abdeckung eines solchen zusätzlichen Abgangs auch
für die Gesundheitspolitik gedachte Mehreinnahmen aus der
Zigarettenpreiserhöhung verwendet werden?
- 4) Sind aus dem Grunde der Bedeckung eines solchen zusätzlichen
Abgangs weitere sogenannte "Gesundheitssteuern" für alle
Österreicher geplant?